



Das „Verboten“ galt auch für den Minister

Weiter ging's nicht, blieb nur die Erläuterung anhand einer Kartenskizze: Innenminister Ralf Stegner (links) ließ sich als Wahlkreisabgeordneter so von Warders Bürgermeister Jürgen Lucht über die Situation am Schießplatz **Warder** informieren; Luchts Amtskollege Heinz Volkmann aus Groß Vollstedt (rechts) und Eckhard Helmbold von der Bürgerinitiative „Naturpark ohne Schießlärm“ assistierten. Mit Helmbold hatten sich am

frühen Montagabend mehr als 50 Bürger aus Groß Vollstedt und Warder ansehen wollen, ob oder wie stark die Naturpark-Fläche am Schießplatz mit Bleischrot übersät sind. Ein Wiesenbesitzer stoppte das: Er entzog der Initiative seine Genehmigung zum Betreten wieder, der Wiesenzaun war über Nacht mit „Verboten“-Schildern (links) bepflanzt. Da musste sogar der Minister draußen bleiben... Text/Foto nik Seite 28

Auch der Minister kam nicht rein

„Ortsbesichtigung“ der Schießlärm-Initiative im Naturpark gestoppt – Landrat kündigt Sanierungskonzept an

Warder/Groß Vollstedt – Eigentlich hatte die Initiative „Naturpark ohne Schießlärm“ am Montag mit einer „Ortsbesichtigung“ beweisen wollen, dass Biotop und Fuhlenau-Flussbett neben dem Schießstand Warder mit Bleischrot sichtbar übersät seien – im letzten Moment jedoch hat ein Wiesen-Besitzer seine bereits gegebene Genehmigung zum Betreten seines Landes zurückgezogen.

Von Peter Gollnik

Mit den mehr als 50 „Spaziergängern“ der in Groß Vollstedt und in Warder angesiedelten Bürgergruppierung blieben nicht nur die Bürgermeister der beiden Gemeinden, Heinz Volkmann (Groß Vollstedt) und Jürgen Lucht (Warder) in Sichtweite des Schieß-Geländes vor dem Zaun, sondern auch Schleswig-Holsteins Innenminister Ralf Stegner, der sich als Wahlkreisabgeordneter nach Vorstellung der Initiative ein eigenes Bild von dem Streitobjekt hätte machen sollen. Stegner angesichts des ganz frisch im 25-Meter-Abstand mit „Betreten verboten“-Schildern gespickten Zaunes: „Vielleicht wäre es klüger gewesen, uns das sehen zu lassen, statt mit diesen Schildern eine Kulisse zu machen.“

„Das“ ist nach Ansicht der mit den Schildern gestoppten Bürger eine unübersehbare Verseuchung des Naturpark-Geländes mit Bleischrot. Initiativen-Sprecher Eckhard Helmbold aus Groß Vollstedt: „Wir haben nie mal mit Schaufeln in die Fuhlenau hinein gelangt – da lagen auf einer Schaufel 20, 30, 40 Bleikörn-



In der Mitte zieht sich die Fuhlenau durch das Gelände, dahinter Anlagen des Wurftauben-Schießplatzes: Groß Vollstedter und Warderaner Bürger bei der verhinderten „Ortsbesichtigung“ vor dem Wiesen-Zaun. Foto nik

chen drauf.“ Wiederum Stegner: „Völlig unabhängig davon, wie man zu Schießständen steht, haben die Menschen einen Anspruch darauf, dass unabhängige Fachleute das untersuchen.“ Was ansatzweise schon einmal geschehen sein soll: In zwei vom Kreis Rendsburg-Eckernförde auf dem Schießgelände veranlassten Bodenproben sei die zulässige Bleibelastung ums Doppelte überschritten worden, hatte Landrat Wolfgang von Ancken im vorigen Sommer aus dem damaligen Untersuchungsergebnis zitiert.

Der ebenfalls zum „Ortstermin“ eingeladene Landrat war nicht dabei: Er habe zur selben Zeit dem Aufsichtsrat einer Kreis-Gesellschaft vorzusitzen, hatte er mitgeteilt, der Termin dafür sei schon lange vorher vereinbart gewesen. Dem Wahlkreisabgeordneten Stegner bot von Ancken allerdings auch an, „Ihnen persönlich nach dem 16. April 2007 die Konzeption des Kreises Rendsburg-Eckernförde zur Lösung unserer Probleme darzustellen“. Wobei die Türen ansonsten offenbar verschlossen sind: „Wir sind dabei, ein wirksames Sanie-

rungskonzept für die Böden, das Wasser und gegen den Lärm der Wurftaubenschießanlage aufzustellen“, hatte von Ancken vor vier Wochen gesagt – und dabei eine Teilnahme der Groß Vollstedter und Warderaner Bürgerinitiative ausdrücklich ausgeschlossen: „Die Bürgerinitiative wird informiert, sobald wir eine Lösung gefunden haben.“ Was der SPD-Politiker Stegner am Montag am Schießstand-Zaun mit der Aufforderung konterte, die Initiative „nicht nur zu informieren, sondern auch an den Gesprächen zu beteiligen“.

Die Schießplatzbetreiber selbst sehen sich eher als „die Bösen“ dargestellt: Man wolle ja „etwas verbessern, aber es wird verhindert“, hatte der Warderaner Patrick Quast bereits im vorigen Jahr für die Schießplatz-GmbH gesprochen. Richtig ist, dass die Gemeinde Warder zu den Modernisierungs- und Sanierungsplänen des Hamburger Unternehmers Oliver Schwarzkopf Nein gesagt hatte, daraufhin auch das Umweltamt ablehnte – und die Akten seitdem beim Verwaltungsgericht in Schleswig liegen.